Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 551. Mittag-Ausgabe. Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 24. November 1866.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 23. November.

29. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Ministertisch die Minister v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg, v. Selchow und die Reg.-Commissare v. Wolff, Mölle und v. Keudell.

Präsident v. Forckenbeck theilt mehrere Urlaubsgesuche mit, unter anderen ein erneuertes des Frhrn. v. Patow. Nachdem der Minister des Innern erklärt hat, daß in der bisherigen Stellung des Frhrn. v. Patow nichts geändert sei, wird derselbe, wie alle übrigen, bewilligt; auch der Abg. Kosch zieht sein Bedenken gegen die Gewährung zurück.

Der Präsident theilt die inzwischen vollzogenen Commissionswahlen mit.

Der Antrag des Abg. Hoppe auf Verweisung der politischen Vergehen und Verbrechen an die Geschwornengerichte wird auf den Vorschlag des Präsidenten gegen den Antrag des Abg. v. Flottwell, der dafür eine besondere Commission beantragt, der Justiz-Commission überwiesen. Ebenso der Gesetzentwurf des Abg. Dr. Eberty, betreffend die Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme von Druckschriften.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verliest der Präsident mehrere Schreiben der Ministerien des Aeußern, der Finanzen und der Justiz, welche Mittheilungen zu den bevorstehenden Budgetberathungen machen und weitere Auskunft bereitwillig in Aussicht stellen.

Das Haus setzt nunmehr die Vorberathung des Staatshaushalts-Etats fort und prüft zunächst die Dotationen für die beiden Häuser des Landtags.

Die Ausgaben für das Herrenhaus betragen 40,060 Thlr., nämlich fortdauernde Besoldungen 6100 Thlr., darunter 2000 Thlr. für den Director des Büreaus, für das Büreau 25,420 Thlr., für die Stenographie 5,360 Thlr., zur Unterhaltung der Präsidentenwohnung 1200 Thlr., für Unterhaltung des Gebäudes und des Gartens 1980 Thlr. An Mehrausgaben weist der Etat nach: 450 Thlr. zur Erhöhung der Gehälter für die beiden Registratoren und den Hausdiener auf den Durchschnittssatz von 1200 Thlr. für die Ersteren und auf den Betrag von 300 Thlr. für den Letzteren, ferner 100 Thlr. zur Verstärkung des Remunerations- und Unterstützungsfonds, 150 Thlr. zur Verbesserung der Besoldung des Stenographen-Büreauvorstehers, zusammen 700 Thlr. Dagegen sind die Fonds zum Ankauf der stenographischen Berichte des Herrenhauses um 400 Thlr. und zu unvorhergesehenen Ausgaben um 300 Thlr. ermäßigt worden. Durch diese Ersparnisse werden die vorbezeichneten Mehrausgaben gedeckt, so daß der Etat für das Herrenhaus pro 1867 mit derselben Ausgabesumme abschließt, welche die bisherigen Etats aussetzten, nämlich 40,060 Thlr.

Nachdem der Regierungs-Commissar v. Wolff die geringen Abweichungen von dem vorjährigen Etat, die durch den Präsidenten des Herrenhauses angeregt sind, motivirt hat, wird der vorliegende ohne Widerspruch genehmigt.

Die Ausgaben für das Abgeordnetenhaus betragen 200,000 Thlr., nämlich für die Abgeordneten an Reisekosten 19,000 Thlr. (pr. Meile mit der Post 1 Thlr., auf der Eisenbahn oder dem Dampfschiffe 10 Sgr.), an Diäten à 3 Thlr. pr. Tag 126,000 Thlr., für das Bureau 43,150 Thlr., für die Stenographie 6850 Thlr., zur Unterhaltung der Präsidialwohnung 3300 Thlr., zur Unterhaltung der Gebäude 1700 Thlr. — Gegen das Vorjahr sind mehr erforderlich 200 Thlr. Zur Erhöhung der Gehälter für die beiden Registratoren auf den Durchschnittssatz von 1200 Thlr., 370 Thlr. zur Unterhaltung der Amtswohnung des Präsidenten und 30 Thlr. an Diäten für den Journalisten im stenographischen Bureau, zusammen 600 Thlr. Diesen Mehrausgaben stehen an Ersparnissen bei dem Bureaubedürfniß-Fond und anderen Positionen 150 Thlr. gegenüber und es ergiebt sich daher für das Haus der Abgeordneten pr. 1867 ein Mehrbedarf von 450 Thlr., durch welchen die bisherige Dotation von 199,550 Thlr. auf 200,000 Thlr. erhöht wird. Die erhöhte Ausgabe für die Dienstwohnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses beruht darauf, daß der Miethszins (und demgemäß auch die Miethssteuer) bei der nothwendig gewordenen Erneuerung des Miethscontractes gesteigert worden ist. Der neue Contract ist auf acht Jahre abgeschlossen, jedoch — wahrscheinlich in Rücksicht auf den beabsichtigten Bau eines Parlaments-Gebäudes — nach Ablauf von vier Jahren kündbar.

Es liegen zu diesem Etat vier Anträge vor: die des Gesammtvorstandes des Hauses und des Abg. Harkort auf Erbauung eines neuen Parlamentsgebäudes, des Abg. v. Bonin auf Erhöhung der Remuneration für den Büreau-Director von 200 auf 300 Thlr. und Verminderung des Fonds für unvorhergesehene Ausgaben von 410 Thlr. um 100 Thlr., endlich des Abg. Virchow die Positionen 6 und 7 im Tit. 4 (zum Ankauf von Büchern und Zeitschriften 600 Thlr., für Buchbinder-Arbeiten 2300 Thlr.) als besonderen Titel 5 anzusetzen.

Außerdem liegen heute folgende zwei neue Anträge vor:

1) Des Abg. v. Unruh: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Angelegenheit wegen Erbauung eines neuen Parlamentsgebäudes einer Commission von 7 Mitgliedern zu überweisen, welche der Präsident des Hauses zu ernennen hat.

2) Zusatzantrag des Abg. Michaelis (Stettin): Statt „einer Commission von 7 Mitgliedern u. s. w." zu sagen: „einer vom Präsidenten zu ernennenden Commission von 7 Mitgliedern zu überweisen, mit dem Auftrage in Verbindung mit dem Präsidium die Vorschläge und Pläne sowohl in Betreff des Neubaues als auch in Betreff der nothwendigen Erweiterung des Sitzungssaales einer Prüfung zu unterwerfen und dem Hause in der Vorberathung darüber zu berichten".

Regierungs-Commissar v. Wolff stimmt den Anträgen Bonin und Virchow bei; dagegen bemerkt er in Bezug auf die beiden ersteren: Die Regierung ist mit Ihnen, meine Herren, von der Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Gebäudes und der Nothwendigkeit, dem abzuhelfen, überzeugt. Sie glaubt auch nichts versäumt zu haben, um den Wünschen des Hauses entgegenzukommen. Als im Juli 1862 das Haus den Antrag an die Regierung gestellt hatte, den Neubau eines Parlamentsgebäudes vorzunehmen, traten sogleich Erwägungen hinsichtlich eines Bauplanes ein, also gerade zu der Zeit, wo die Regierung zu ihrem Bedauern das Verhältniß mit diesem Hause wesentlich getrübt sah. (Heiterkeit.) Die Auswahl eines Planes war nicht leicht. Jeder einzelne Punkt gab zu den verschiedensten Erwägungen Anlaß. Zuletzt blieb nichts übrig, als auf das im Juni 1861 von Mitgliedern dieses Hauses aufgestellte Project zurückzugehen. Dieser Plan ging dahin, von dem Neubau eines beide Häuser umfassenden Gebäudes vorläufig Abstand zu nehmen und in dem Locale der Porzellan-Manufactur, Leipzigerstraße Nr. 4, neben dem Herrenhause ein Dienstgebäude für das Haus der Abgeordneten herzustellen. Die Vorbereitungen für das Project waren so weit gediehen, daß im Jahre 1863 die Mittheilung an die Commission erfolgen konnte, man sei mit den betreffenden Anschlägen und Zeichnungen beschäftigt. Die Commission nahm Einsicht davon; Bedenken wurden dagegen nicht geäußert.

Die Regierung aber glaubte mit den Wünschen des Hauses in Uebereinstimmung sich zu befinden, wenn sie dies Project, das ja in der Budgetcommission so vielen Anklang gefunden, weiter verfolgte. So konnte sie schon in dem Etat für 1865 die ersten Positionen dazu mit 100,000 Thlrn. in Vorschlag bringen, die zur Errichtung eines neuen Gebäudes für die Porzellan-Manufactur in Charlottenburg verwendet werden sollten. Die verschiedenen Posten sind unter vertraulicher Zuziehung von Mitgliedern des Hauses aufgestellt und abgeändert. Schließlich wurde in der Commission der Antrag angenommen, zunächst die Vorlegung specieller Pläne für die Verlegung der Manufactur zu verlangen. Damit schloß die vorige Session. Das Project ist so um ein Jahr verzögert worden. Im gegenwärtigen Etat des Handels-Ministeriums finden Sie die erwähnte Position von 100,000 Thlrn. wieder. Die Regierung hält also an diesem Projecte fest. Allerdings kann der Neubau des Manufacturgebäudes in Charlottenburg nicht vor dem Frühjahre 1869 fertig sein. Dann also erst kann der erste Stein zu dem Umbau des alten Gebäudes und seiner Verwandlung in ein Abgeordnetenhaus gelegt werden. Sie werden sich also mindestens bis zur Winter-Session 1870—71 noch in diesen Räumen genug sein lassen. Die Zeit bis zur vollendeten Umlegung der Porzellan-Manufactur wird dazu benutzt werden, specielle Vorschläge für den Umbau auszuarbeiten, namentlich auch mit Rücksicht auf die bevorstehende Vermehrung der Anzahl der Abgeordneten; auch will der Herr Handels-Minister Sachverständige nach England, Frankreich, Belgien senden, zur Information über Akustik, Beleuchtung, Ventilation u. s. w.

Für die Zeit, in welcher die Sitzungen hier noch abgehalten werden müssen, ergeben sich auch noch nothwendige Aenderungen in Folge des Eintritts von 80 neuen Mitgliedern. Deswegen soll im nächsten Sommer ein Ausbau dieses Locals veranstaltet werden. Sie werden sich daher überzeugen, m. H., daß ein Eingehen auf das Project der Regierung eine schnellere Beseitigung der gegenwärtigen Uebelstände bieten wird, als ein neues Project, das erst noch aufgestellt werden und jedenfalls neue Zögerungen veranlassen muß. Die Regierung ist daher der Hoffnung, daß Sie ihrem Plane beistimmen werden. Im Uebrigen möchte ich vorschlagen, die Debatte darüber lieber bei der Berathung über den Etat des Handelsministeriums mit Rücksicht auf die in demselben aufgestellte hierauf bezügliche Position eintreten zu lassen.

Abg. v. Bonin: Ich habe meinen Antrag im Auftrage des Gesammt-Vorstandes gestellt. Ich halte es für angemessen, daß der Bureau-Director dieses Hauses die Remuneration von 300 Thlrn., welche ihm im Jahre 1849 ausdrücklich als „unwiderruflich" bezeichnet worden ist, behalte, da er die Geschäfte für deren Führung sie ausgesetzt ist, die Rendantur, weiterführt. Um aber keine Etatsüberschreitung zu veranlassen, beantrage ich unter dem Titel „unvorhergesehene Ausgaben" statt 410 Thlr. zu setzen 310 Thlr. Auch eine Vergleichung mit dem betreffenden Beamten des Herrenhauses läßt die Annahme meines Antrages angemessen erscheinen.

Abg. Holzapfel: Ich gehe noch weiter, meine Herren, indem ich behaupte, daß diese Annahme sogar nothwendig ist, da in der Verfügung des Präsidenten der zweiten Kammer vom 10. Dezember 1849 ausdrücklich diese Remuneration als unwiderruflich bezeichnet ist.

Abg. Bassenge, anknüpfend an die Thatsache, daß nach der Nachweisung der Regierung zu Besoldungsverbesserungen für Unterbeamte die Summe von 1,298,394 Thlr. erforderlich ist, während der Etats-Entwurf für Besoldungsverbesserungen im Ganzen nur die Summe von 1,030,200 Thlr. fordert, stellt die Frage, inwieweit die Beamten des Hauses durch diese Differenz berührt werden.

Regierungscommissar Moelle: Es ist die Absicht, die Gehaltszulagen von 980,000 Thlr. vom 1. April d. J. eintreten zu lassen. 6204 Thlr., welche von der Summe bleiben, sollen in dringenden Fällen schon vorher zu Zulagen verwendet werden.

Zur Motivirung seines Antrages erhält das Wort der

Abg. Virchow. Es handelt sich hier um eine innere Angelegenheit des Hauses, welche schon seit mehreren Jahren verfolgt worden ist. Der frühere Präsident hat aber Bedenken genommen, die Angelegenheit zu regeln, weil bisher kein regelrechter Etat zu Stande gekommen war. Es sind dafür schon seit mehreren Jahren Posten ausgeworfen worden. Jetzt ist die Aussicht vorhanden, daß ein Etat zu Stande kommt, und es muß also für den Bibliothekar eine bestimmte Summe ausgeworfen werden, womit er seine Einrichtungen treffen kann. Wenn Manche behaupten, daß dabei die Bibliothek schlecht wegkommen werde, so glaube ich das nicht; denn in der Mehrzahl der Jahre wurde die ausgeworfene Position nur zu einem sehr kleinen Theile verausgabt zu den Zwecken, welche vorlagen. Erst in den letzten beiden Jahren hat sich das Bedürfniß so gesteigert, daß der Etat sogar überschritten worden ist, und ich glaube, daß später auch eine größere Summe wird angesetzt werden müssen, wenn wir unser Lesezimmer und die Bibliothek angemessen versehen wollen. Daß der gegenwärtige Zustand geändert werden muß, ist klar und da auch die Regierung sich damit einverstanden erklärt, so nehme ich von weiteren Ausführungen Abstand.

Abg. Dr. Becker: Ich möchte bei dieser Gelegenheit an die Regierung die Bitte richten, von den Zeitschriften und Druckschriften, welche von hier ausgehen, immer ein Frei-Exemplar an das Lesezimmer und die Bibliothek gelangen zu lassen. Fehlen uns doch sogar die Verhandlungen der Provinzial-Landtage und das officielle Organ, die „Provinzial-Correspondenz", deren Vorhandensein doch auch recht wünschenswerth ist. (Heiterkeit.)

Der Antrag des Abg. Virchow wird darauf angenommen.

Zu dem Antrage des Gesammtvorstandes, betreffend das neue Parlamentsgebäude, erhält das Wort der

Abg. Bassenge: Die Aussicht, welche uns der Herr Regierungs-Commissar eröffnet hat, ist sehr trübe. Er fordert uns auf, dem Plan der Regierung beizustimmen. Die engen Räume dieses Hauses hindern die Erledigung der Geschäfte sehr, und wenn auch der Saal ausreicht, so sind doch die übrigen Geschäftslocalitäten viel zu klein. Außerdem kommen am 1. October 1867 noch 70—80 neue Mitglieder in dies Haus und dann reichen die Räumlichkeiten gar nicht aus. Ich bitte also nach dem Vorschlage des Gesammtvorstandes die Regierung aufzufordern, nachträglich für den Neubau die betreffende Summe auf den Etat pro 1867 zu bringen.

Abg. Gr. Schwerin: Ich erlaube mir einen Plan anzuregen, der uns vielleicht in kürzerer Zeit und mit geringeren Kosten helfen könnte. Den Hauptübelstand finden wir alle im Sitzungssaale; im Uebrigen sind die Localitäten ziemlich ausreichend. (Widerspruch.) Ich glaube nun, wenn wir das Nebenhaus hier noch zuzögen, so könnte in der mittleren Etage für den Präsidenten sehr gut eine Wohnung eingerichtet und die übrigen Räumlichkeiten der beiden anderen Etagen zu unseren Zwecken verwendet werden. Nach Schluß der Session könnten dann, wenn dieser Saal niedergerissen wird, jene Räumlichkeiten dazu genommen und so ein ausreichender neuer Sitzungssaal gebaut werden und wir bekommen dann vielleicht schon 1868 ein vollkommen ausreichendes Haus, wenn wir für 1867 dies Interimisticum uns gefallen lassen. Ich will den Gedanken übrigens nur hinwerfen und ihn vielleicht der Prüfung Sachverständiger anheimgeben.

Abg. v. Unruh: Den vorliegenden Antrag habe ich gestellt, um zu verhüten, daß die Regierung etwa das stillschweigende Einverständniß des Hauses voraussetzt. Ich hoffe, daß die Majorität mit dem Plane derselben nicht einverstanden sein wird und ich wünsche daher unnütze Arbeit zu ersparen. Ich habe schon früher einmal ein Gutachten abgegeben über dieses Project, nicht als Sachverständiger, sondern als Abgeordneter; ich habe damals geltend gemacht, daß, wenn irgend ein Gebäude, so das Parlamentsgebäude einen monumentalen Charakter haben müsse, und ich setze voraus, daß Niemand hier ist, der den Landtag nicht hoch genug stellte, um ein ordentliches Local für ihn zu beanspruchen.

Ich spreche hier nicht von einem Dienstgebäude, sondern von einem Parlamentshause. Erkennen Sie das aber an, dann frage ich Sie: haben Sie je gehört, daß man ein Schloß, eine Kirche, ein Museum u. s. w. auf den Hof gebaut hat? Ich nicht. Das Parlamentsgebäude muß öffentlich dastehen. Man macht gegen unsere Wünsche zwei Gründe geltend, erstlich, es müsse die möglichste Ruhe für die Berathungen herrschen. Wenn der Plan aber richtig aufgefaßt wird, so giebt es viele Mittel, diese herzustellen. Als damals der Landtag im weißen Saale tagte, wurde über den Lärm der Straße geklagt, den man dort hörte; läge der Saal nach dem Hofe hinaus, so wäre das anders gewesen. Ferner sagt man, es lasse sich keine passende Baustelle finden. Man findet freie unbebaute Plätze allerdings hier nur vor den Thoren oder man muß sie sich innerhalb der Stadt erst schaffen. Wenn aber die Stadt Berlin das im Stande gewesen ist, um sich ein solches Rathhaus zu bauen, dann wird es kein Mensch, weder ein Preuße noch sonst ein Deutscher noch gar ein Ausländer verstehen, wenn man unser Parlamentsgebäude auf den Hof setzt. Ich habe aber noch einen Grund zur Befürwortung des Antrages. Seit wohl 10 Jahren ist hier kein einziges großes öffentliches Gebäude auf Staatskosten aufgeführt worden. Die Kasernen kann ich nicht dahin rechnen; denn wenn ich ihre Nothwendigkeit auch anerkenne, so eignen sie sich doch nicht zu Objecten der Kunst. Und wenn wir uns auch nach der Decke strecken müssen und nicht so viel aufwenden können, wie in England für diesen Zweck verwendet worden ist, so ist Preußen doch nicht arm genug, um sein Parlaments-Gebäude auf den Hof zu stellen.

Wir wünschen ohne Luxus wieder einmal den Bau eines großen öffentlichen Gebäudes, an dem die Architekten, Bildhauer und Maler ihr Talent zeigen können, um so mehr, da Preußen nach den glücklichen Vorgängen des letzten halben Jahres erst recht befugt ist, den Anspruch zu machen, daß seinen Volksvertretern ein genügendes und würdiges Gebäude überwiesen werde. Der Herr Commissar ist wieder auf den Vorschlag einer vorläufigen Abhilfe gekommen. Das Interimisticum, in dem wir jetzt stehen, dauert nun schon 17 Jahre, soll jetzt zu solchem Zweck wieder ein Interimisticum geschaffen werden, so sind mir die Kosten dafür zu hoch.

Die Angelegenheit mit der Porzellanfabrik wird am besten später verhandelt, sie hängt aber mit dieser Frage zusammen, insofern ihre Verlegung deswegen vorgenommen werden soll, um Raum für das Parlamentsgebäude zu gewinnen. Die Zeiten sind vorüber, wo der Staat nöthig hatte, selbst zu fabriciren. Ich wünsche aber den Bau des Parlamentsgebäudes nicht als Motiv für diese Verlegung angeführt zu wissen. Der Herr Commissar meint, wenn wir ein monumentales Gebäude in Aussicht nehmen, so werde die Erledigung der Sache noch länger dauern; ich glaube, wenn erst das Jahr 1871 als der Endpunkt dieses Baues angesehen wird, dann ist es sehr gut möglich, ein würdiges Gebäude aufzuführen. Gegen den Plan des Abg. Schwerin muß ich mich erklären, da er nur ein neues Interimisticum schafft; dann will ich lieber so lange hier bleiben. Wenn die Regierung wirklich die Absicht hat, unseren Wünschen entgegenzukommen, dann wird sich der Bauplatz leicht finden. Ich bitte also, den Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Abg. Harkort erklärt sich für den Antrag des Abg. v. Unruh und gegen den Vorschlag des Abg. Schwerin. Dann fährt er fort: Man hat uns — erinnern Sie sich an den Schluß der letzten Session — hier als unliebsame Miether behandelt. Als das Präsidium, unser würdiger Präsident Grabow, die Vertheilung der Druckschriften anordnete, kam der Ministerial-Commissar, der von jeher nicht einen hohen Grad von Entgegenkommen zeigt, und versiegelte dieselben schleunigst; die Post, die sonst noch drei Tage geöffnet war, wurde binnen 24 Stunden geschlossen; das Lesezimmer sofort; ich wundere mich, daß nicht unsere Acten durchgeräuchert wurden, um jede Spur von uns zu vernichten. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Das ist keine würdige Behandlung und hängt auch mit der Versöhnungsfrage zusammen! (Bravo!)

Abg. Waldeck: Dieses Haus wurde in der kurzen Frist vom 5. Dezember 1848 bis 23. Februar 1849 hergestellt. Damals wurde hier ein Mitglied nach dem andern krank. Das Publikum mußte sich durch Brettergänge einschleichen, bis es endlich im Jahre 1861 anständigere, wenn auch unterirdische Zugänge erhielt. Sehen Sie die Kasematten an, die hier herumliegen! Ueberall finden Sie schlechte Luft. Wenn wir nach deutscher Art so lange weiter reden, so werden wir ein Ende nicht erleben. Die Aussicht, die der Herr Commissar stellt, sieht sehr weit aus. Dem Antrage des Abg. v. Unruh werde ich beistimmen. Das jetzige Herrenhaus, das nach dem Brande des alten erbaut ist, zeigt eben diese Uebelstände.

Es ist von allen Seiten die Aufforderung da, ein neues Parlamentsgebäude zu schaffen und während der Bauzeit für das jetzige Abgeordnetenhaus Abhilfe zu schaffen. Meiner Ansicht nach ist der Platz der Akademie der Künste ein sehr geeigneter. Jenes Gebäude hat zur Zeit ähnliche Nachtheile für die Kunst, wie dieses für die Gesetzgebung. Vielleicht könnten wir dort eine passende Stätte finden, während die Kunst dann irgendwo anders, vielleicht mit Vortheil in einem Gebäude außerhalb der Stadt, ihren Platz finden könnte. Vor allen Dingen ist schleunige Abhilfe nöthig. Deswegen bin ich gegen den Plan des Abg. Schwerin und für den Antrag des Abg. v. Unruh.

Abg. Michaelis (Stettin): Ich warne Sie davor, wieder ein neues Provisorium einzurichten; unsere Volksvertretung ist und soll sein eine definitive Einrichtung und da gebührt ihr denn auch ein definitives Gebäude. Es ist noch sehr fraglich, wie lange die Porzellan-Manufactur als Staatsinstitut fortbestehen wird; es kann möglicherweise noch sehr lange dauern und wir dürfen uns nicht darauf verlassen. Den Antrag des Abg. v. Unruh halte ich deshalb für den geeignetsten Weg; die Commission möge alle die verschiedenen Vorschläge berathen, und die Frage, ob wir die Kosten der provisorischen Verlegung bewilligen wollen, können wir dann entscheiden, wenn wir erst über den Etat der Porzellan-Manufactur schlüssig geworden sind. Ich möchte schließlich noch empfehlen, daß die Commission sich in Verbindung mit dem Präsidium des Hauses setzen möge, zu dessen Competenzen diese Frage gehört.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich muß mich verwahren gegen den Gegensatz, den der Abg. Loewe in die Worte Dienst und Parlament zu legen versucht hat, indem er gegen den einen Ausdruck des Regierungs-Commissars protestirte. Das Wort „Dienst" hat in Preußen eine historische Bedeutung, seitdem es aus dem höchsten Munde in einer Weise gebraucht worden ist, die eine Verwechselung unmöglich macht. Ich meinerseits wenigstens bin stolz darauf, als Parlamentsmitglied dem Vaterlande Dienste zu leisten und habe durchaus nichts dagegen, daß das Gebäude, wo ich diese Dienste leiste, als Dienstgebäude bezeichnet wird. (Heiterkeit links.) Weniger gern habe ich von dem Herrn Regierungs-Commissar die Absicht ausgesprochen gehört, das für die Berathungen des preußischen Parlaments und des norddeutschen Reichstages bestimmte Haus in einem allseitig als absolut unerträglichen Zustande zu belassen, bis für die Porzellanmanufactur ein anderer Platz gefunden ist. Die Landesvertretung Preußens hat eine größere und nothwendigere Zukunft, als die Porzellanmanufactur und ich kann es nicht billigen, daß man die eine von der andern abhängig macht.

Der Hauptgesichtspunkt bei der ganzen Frage ist doch der, ein Parlaments-Gebäude so herzustellen, daß die Geschäfte des Parlaments ohne Gefährdung der Gesundheit der Parlamentsmitglieder und ohne Hinderung der Geschäfte abgewickelt werden können. Wo und wie dies geschehen soll, ist mir ganz gleichgiltig. Daß dies in dem jetzigen Gebäude nicht möglich ist, wird allseitig anerkannt. Durch einzelne Vorschläge, die zur besseren Ventilation hier gemacht worden sind, wird die Zugluft, die uns jetzt nur von oben belästigt, zu gleicher Zeit von oben und unten kommen und im Mittelpunkte sich kreuzen, so daß die Uebelstände, die bis jetzt nur unseren Kopf bedrohen (Heiterkeit), auch unsere anderen Organe schädigen werden. (Heiterkeit.) Aus diesen Gründen, m. H., werden ich und meine politischen Freunde für den Antrag des Abg. v. Unruh stimmen.

Abg. Dr. Löwe: Auch ich unterstütze den Antrag des Abgeordneten von Unruh, wie mein Vorredner, wenn ich auch seiner kühnen Interpretation des Wortes „Dienst" nicht beitreten kann. Ich halte es aber für selbstverständlich, daß, bevor wir ein neues Haus bekommen, das alte wenigstens in einen solchen Stand gesetzt wird, um menschlich darin leben zu können. Es scheint mir, daß wenige Mitglieder dieses Hauses die volle Gefahr des Aufenthaltes in diesem Hause würdigen. Die geistige Facultät jedes Menschen wird durch die angeregten Uebel durch den Aufenthalt in diesem Hause niedergedrückt; es wird kaum Jemand im Stande sein, nach dreistündigem Verweilen hier noch neue Gedanken zu produciren oder gute Gedanken in sich aufzunehmen. Dazu kommt, daß viele Redner, die nicht gerade ein sehr starkes Organ haben, sich gar nicht verständlich machen können und das Haus dadurch unruhig und unbehaglich gestimmt wird. — Man unterschätzt aber auch die absoluten Krankheitsfälle, die durch den Aufenthalt in diesem Hause hervorgerufen werden; und ich fürchte, m. H., daß der Beschluß, den Sie gefaßt, wonach Sie so viele Zeit länger hier verweilen, nicht ungestraft bleiben wird. — In erster Linie muß deshalb dafür gesorgt werden, daß man hier menschlich athmen kann, und wir können hiermit nicht so lange warten, bis ein neues monumentales Gebäude aufgeführt ist.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Auch die Staatsregierung ist von der Idee ausgegangen, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist; und sie will deshalb ein neues Definitivum einrichten, das die bisherigen Uebelstände beseitigt. — Daß bei dem projectirten Neubau der Sitzungssaal in den Hof verlegt werden soll, halte ich durchaus für keinen Nachtheil; die Sitzungen werden ungestörter vor sich gehen und auch die monumentale Seite des Baues dadurch nicht beeinträchtigt werden. Nach den bis jetzt angestellten Ermittelungen empfiehlt sich der Bau in der Leipzigerstraße am meisten, sowohl als Zweckmäßigkeits- als aus Sparsamkeitsrücksichten. Es ist durchaus nicht der Wunsch der Staatsregierung, ein neues Interimisticum herzustellen, sondern in möglichst kurzer Frist ein Definitivum. Die Zeit bis 1870 ist gar nicht so lange, wie es auf den ersten Augenblick aussieht; ein anderes Project würde auch gewiß nicht eher fertig werden. Die Regierung will sich jedoch den Wünschen dieses Hauses durchaus nicht entgegenstellen, sondern wird alle anderen Vorschläge sorgfältig prüfen und ist deshalb mit dem Antrage des Abg. v. Unruh auf Einsetzung einer Commission vollständig einverstanden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird eingebracht, aber abgelehnt.

Abg. Dr. Virchow: Jeder Neubau wird für eine längere Reihe von Jahren in Aussicht genommen werden, da ja zugleich auch auf den Reichsrath des norddeutschen Bundes wird Bedacht genommen werden müssen. Wenn man sich gegen dies Provisorium erklärt, so wird übersehen, daß während einer so langen Zeit die Uebelstände in ganzer Kraft fortbestehen werden, an denen wir in diesem Gebäude gegenwärtig leiden. Dieselben sind in der That so mannigfach, daß sie gar nicht auf einmal erschöpft werden können. Herr v. Unruh scheint zu glauben, daß der vordere Theil des Gebäudes sehr

vorzüglich sei; ich bin dieser Meinung nicht. Namentlich sind auch diejenigen Sitzungssäle, welche unmittelbar an der Straße liegen, durch das auf derselben stattfindende Geräusch ziemlich schwer benutzbar. Es muß auch ein Arbeitszimmer da sein für Abgeordnete, welche mit einem ständigen Referat betraut sind. Wir haben nicht ein einziges Zimmer dieser Art. Die Uebelstände, welche die Gesundheit der Mitglieder im Sitzungssaale bedrohen, sind schon geschildert worden; hervorheben muß ich aber doch einen Punkt, in dem allerdings die Mitglieder sich einer Aenderung ihrer Gewohnheit werden unterwerfen müssen, wenn sie von demselben nicht unangenehm betroffen werden wollen. Derselbe betrifft die Ventilation. Eine solche ist unmöglich ohne Bewegung der Atmosphäre. Wenn aber dann sogleich so und so viel Mitglieder erklären, es sei nicht mehr auszuhalten im Saale, so darf entweder die Ventilation gar nicht stattfinden oder den betreffenden Mitgliedern muß eine größere Sorgfalt in Bezug auf ihre Kleidung anempfohlen werden. Nichtsdestoweniger kann durchaus nicht geleugnet werden, daß in diesem Sitzungssaal bei längeren Sitzungen eine Luft sich ansammelt, die einen Zustand allgemeiner Depression hervorbringt, von der sich kein Mitglied dieses Hauses fern halten kann.

Wegen aller dieser Mißlichkeiten muß ein Provisorium gefunden werden, das bessere Hilfe bringt, als das vom Herrn Regierungs-Commissar vorgeschlagene. Und da scheint mir als einzige Möglichkeit der vom Abg. Grafen Schwerin gemachte Vorschlag zu sein, nämlich vom Nachbargrundstück einen hinreichend großen Raum zu diesem Gebäude dazuzunehmen. — Was den Ausdruck „Dienstlocal" betrifft, so will ich mich nicht weiter darauf einlassen, nur müssen wir dem Ministerium gegenüber doch diesen Gesichtspunkt festhalten, daß dies unser Haus ist und nicht das des Ministeriums. — Das Ministerium geht damit um, dies Haus wieder zu verändern — es wird uns das so beiläufig mitgetheilt — diese Veränderungen müssen aber doch Geld kosten, und das müssen wir doch aus unserem Etat ersehen; von alle dem ist gar nicht die Rede. Es steht allerdings in dem Etat eine Petition von 1600 Thlr. für Reparaturen des Abgeordneten-Gebäudes, die stehen aber in jedem Jahre darin, und werden deshalb wohl nicht diesen Zweck haben. Ich erlaube mir daher die Anfrage an den Herrn Minister des Innern zu richten, in welcher Weise diese Summe aus dem Etat ersichtlich ist. Bis jetzt vermisse ich das und sehe darin nur wieder ein Zeichen, daß das Ministerium ganz nach seinem Gutdünken verfahren will. — Ich werde also für den Antrag des Herrn von Unruh votiren, zugleich jedoch für das Amendement, wonach die Commission, die den Neubau eines Parlamentsgebäudes zu berathen hat, zugleich sich mit den Plänen für die Reparatur des gegenwärtigen Loacls beschäftigt.

Reg.-Comm. v. Wolff erwidert auf die Frage des Vorredners, daß in dem etatsmäßigen Baufonds des Handelsministeriums die nöthigen Mittel dafür in Aussicht genommen sind, und fügt hinzu, daß der Saal nicht blos um ein einzelnes Zimmer, sondern um einen vollständigen Anbau erweitert werden wird.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abgeordneten Harkort und des Grafen Bethusy-Huc wird der Antrag Unruh-Michaelis einstimmig angenommen.

Sämmtliche Positionen des Etats für das Haus der Abgeordneten werden ohne Widerspruch genehmigt.

Man geht nun an die Berathung des Etats für das Bureau des Staatsministeriums. Für dasselbe sind in Ansatz gebracht 78,750 Thlr. An Besoldungen nämlich 40400 Thlr. (der hierbei aufgeführte Satz von 10,000 Thlr. als Gehalt für den Chef des Staatsministeriums wird gegenwärtig erspart, da dieses Amt mit demjenigen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Einer Person vereint ist), für andere persönliche Ausgaben 1450 Thlr., für sächliche Ausgaben 2400 Thlr., für Unterhaltung des Dienstgebäudes, des Gartens und der Mobilien 1000 Thlr., für sonstige Ausgaben 2500 Thlr., endlich als Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 31,000 Thlr.

Die Gesammtsumme von 78,750 Thlr. übersteigt den Ansatz für 1866 um 1550 Thlr., von denen 250 Thlr. in Ansatz gebracht sind zur Erfüllung des Durchschnittsgehalt von 1200 Thlr. für die Registratoren und die expedirenden Secretäre, 500 Thlr. als Gehalt für den Curator des Staatsschatzes und 800 Thlr. an Diäten für Hilfsarbeiter. Die letzteren beiden Beträge waren im Etat für 1866, sammt der noch jetzt in Wegfall gebliebenen Besoldung von 900 Thlrn., für die zweite Expedientenstelle bei der Verwaltung des Staatsschatzes, als Deckungsmittel der in jenem Etat für eine neue Rathsstelle aufgenommenen Besoldung von 2200 Thlrn. abgesetzt worden, sie haben jedoch in den Etat für 1867, in Folge der durch die Erweiterung des Staatsgebietes gesteigerten Arbeitslast, wieder aufgenommen werden müssen. Die neue vierte Rathsstelle im Ministerium ist indessen deshalb nicht in Wegfall gekommen; für die Nothwendigkeit derselben wird in den Anlagen auf die im Etatsentwurfe pro 1866 enthalten gewesene nähere Begründung verwiesen.

(Wir lassen hier die Debatte über die sogenannten „geheimen Gelder" von 31,000 Thlr. folgen und theilen das Uebrige in der Morgennummer mit.)

Abg. v. Hoverbeck: Unter Bezugnahme auf die früheren Abstimmungen des Hauses über diesen Posten erinnere ich nur daran, daß derselbe hauptsächlich verwendet wird, um Einfluß durch die Presse zu üben.

Minister Gr. Eulenburg: Ebenfalls aus der Erinnerung der Vorjahre schöpfe ich die Hoffnung, daß die Summe bewilligt werde.

Abg. Twesten: Ich kann keine Aenderung erblicken, die mich bestimmen sollte, jetzt für diese Position zu stimmen. Sie wird hauptsächlich verwendet, um eine ministerielle Presse zu unterstützen, aus ihr wird zumal die „Provinzial-Correspondenz" unterhalten. Ich gebe zu, daß dieses Blatt sich jetzt einigermaßen eines anständigen Tones befleißigt, aber ich halte es für durchaus unzulässig, daß dieses Organ seine Redaction im Ministerium erhält, seinen Vertrieb auf Staatskosten findet, daß Beamte genöthigt sind, dasselbe zu halten. (Widerspruch zur Rechten.)

Für officiöse Berichtigungen, Erläuterungen für die Einwirkungen in den neuen Ländern hat die Regierung die Blätter ihrer Partei, die „Kreuz-Ztg.", die „Nordd. Allg. Ztg.", in erster Reihe den „Staats-Anzeiger", sodann alle die Blätter, welche von officiösen Correspondenten genährt werden. — Trotz der Indemnität, die einerseits, der Amnestie, die andererseits gewährt worden ist, kann ich bisher in unserer inneren Politik keine Wendung erblicken. Die Nichtbestätigungen dauern in alter Weise fort, und die Preßverfolgungen haben in neuester Zeit einen bis dahin ungeahnten Aufschwung genommen. Wie jetzt, seit dem Eintritt des Regierungs-Präsidenten Kühlwetter, gegen die „Rheinische Zeitung" vorgegangen wird, dafür findet sich vielleicht nur ein Seitenstück in dem bisherigen Verfahren der Preßbehörden in der Provinz Preußen. Ich ersehe deshalb keinen Grund, jetzt eine Bewilligung auszusprechen, welche ein Vertrauensvotum für die innere Politik sein würde, welche durch diesen Fond unterstützt werden soll.

Abg. Graf v. Schwerin: Auch ich bin meinen früheren Ansichten treu, wenn ich für die Bewilligung stimme. Was hier in die Discussion eingemengt worden ist, das gehört nicht zur Sache; bei der vorliegenden Frage ist es gleichgiltig, ob eine Wandelung eingetreten oder nicht. Jedes Ministerium braucht einen solchen Fond und deshalb kann ich in seiner Bewilligung kein Vertrauensvotum erblicken.

Abg. Graf v. Bethusy-Huc: Ich schließe mich dem eben Gehörten an. Wenn früher für die Streichung dieser Position gestimmt wurde, so ging man stets von der Meinung aus, daß die Politik, welche man dadurch angriff, auch nach außen hin keine Erfolge hervorzubringen im Stande sei. Das ist jetzt nicht mehr giltig und hochgeschätzte Mitglieder des Hauses haben ihren Irrthum in dieser Beziehung offen bekannt. Entweder ist diese Ausgabe eine sachliche, und dann muß sie geleistet werden, oder sie ist persönlicher Natur, und dann mögen Sie nicht vergessen, daß derselbe Mann an der Spitze des hier in Rede stehenden Ressorts steht, dem Sie in diesem Sommer schon wiederholt Zeichen ihres Vertrauens gegeben haben. Es ist die Aufgabe der subventionirten Presse, auch die auswärtige Politik zu vertreten, und in dem Etat des auswärtigen Ministeriums sind nur 6000 Thlr. für geheime Ausgaben angesetzt.

Abg. Jung: Früher war uns bei dieser Frage nur die Alternative entscheidend, daß ein Ministerium, welches Anhang im Lande habe, auch von selber und freiwillig Unterstützung in der Presse finde, daß dagegen ein Ministerium, welches keinen solchen Anhang habe, auch keine Existenzberechtigung besitze. Heute tritt noch ein anderes Moment hinzu: der Blick auf die Lage der liberalen Presse. Wenn wenigstens Sonne und Wind gleich getheilt wären, aber wie steht es damit? Die Preßvergehen sind dem Geschwornengerichte entzogen und selbst der Criminalrichter, der jetzt darüber zu erkennen hat, schützt die Presse nicht mehr vor der Polizeiwillkür, welche durch das Mittel der Beschlagnahmen allen Schutzes spottet. Beschlagnahmen der Formen, in dem Maße und so wiederholt ausgeführt, daß zuletzt keine Lettern für den Druck übrig bleiben, sind eine Verspottung der Gesetze. Dazu kommt, daß den abhängigen Abonnenten der Bezug liberaler Blätter verschränkt und dafür die Regierungsblätter octroyirt werden. Und jetzt soll die liberale Partei zur Unterstützung solchen Verfahrens auch noch Geld bewilligen, damit Hohn hinzugefügt werde zur Ungerechtigkeit, für diese „Prov.-Corr.", welche gleich einem Staatsgeheimnisse bei ihrer Ausgabe secretirt wird, damit nur die der Regierung ergebenen Blätter zuerst von ihren Nachrichten Nutzen ziehen können? Das wäre gegen meine Pflicht, gegen das Interesse meiner Wähler, ja es wäre, wie ich es persönlich empfinde, gegen mein Ehrgefühl. (Oho! zur Rechten.)

Von Seiten der Rechten ist ein Schlußantrag gestellt, für denselben stimmt die Rechte, von den Altliberalen die Abgeordneten v. Vincke, Hagen u. A., dagegen Simson. Die Abstimmung ist zweifelhaft, die Debatte geht also weiter.

Abg. Stavenhagen: Ich werde diesmal für die Bewilligung stimmen. (Lebhaftes Bravo rechts.) Die Forderung, daß gar keine Mittel bewilligt werden sollten, ist zu weitgehend, denn es giebt keine Regierung, in Preußen und außerhalb, welche sich nicht der Presse bediente. Wie man auch über die innere Politik denke, die äußere wollen wir unterstützen, also auch ihre Förderung durch die Presse. Wie ist in dieser Beziehung dann eine Theilung der Summe möglich, die hier verlangt wird? Und weil diese Theilung nicht möglich, darum stimme ich für die ganze Summe. (Bravo zur Rechten.)

Von Seiten der Rechten ist wieder ein Schlußantrag eingebracht, für den wiederum die Abgg. v. Vincke, Haym u. A. im Gegensatze zu dem Abg. Simson und anderen Fractionsgenossen stimmen. Die Abstimmung ist zweifelhaft, die Debatte geht weiter.

Abg. Lent: Der Herr Vorredner bedarf einer thatsächlichen Berichtigung, wenn er die Scheidung der inneren und auswärtigen Politik ins Auge faßt. Die 31,000 Thlr., um die es sich hier handelt, sind keineswegs zur Unterstützung der auswärtigen Politik bestimmt, dafür sind im Etat des Ministeriums des Auswärtigen 16,000 Thlr. ausgeworfen und im Ministerium des Innern ist außerdem noch eine weit höhere Summe in Ansatz gebracht. Die jetzt in Rede stehende Summe vielmehr ist, wie das auch aus früheren Erklärungen der Regierung hervorgeht, hauptsächlich zur Unterstützung der inneren Politik bestimmt. Und ist in derselben denn in neuester Zeit etwas anders geworden? Der Herr Minister des Innern hat uns am 3. September gesagt, durch das Entgegenkommen des Hauses werde die Regierung moralisch gezwungen sein, sich mehr dem Abgeordnetenhause zuzuwenden, als dies bisher geschehen. (Hört, hört!) Nun, die Indemnität ist gewährt, von mir und meinen politischen Freunden hauptsächlich in dem Wunsche einer solchen Versöhnung. Aber nichts hat sich geändert. Die Behauptung, daß man diese Forderung jedem Ministerium bewilligen müsse, ist constitutionell nicht begründet, das Bedürfniß einer Regierung, sich unterstützen zu lassen, ist für uns kein Bewilligungsgrund, wenn es nicht zugleich ein Bedürfniß des Landes ist. Trotz allem Abschneiden früherer Erinnerungen bin ich genöthigt, für die Streichung zu stimmen.

Minister Graf Eulenburg: Der Herr Vorredner hat soeben eine Aeußerung citirt, die ich am 3. September that und ich behaupte, daß dieselbe auch ganz positiv in Erfüllung gegangen ist. (Zeichen des Unglaubens zur Linken.) Welche Wandlung ist es, welche Sie erwartet haben? Dies Wort ist so allgemeinen Begriffs, daß mit derselben Bestimmtheit, mit der Sie die Wandlung verneinen, ich dieselbe bejahe. Führen Sie mir bestimmte Fälle an und ich werde Ihnen darauf antworten und Ihnen an denselben beweisen, wie es mein lebhaftester Wunsch ist, mit der liberalen Partei auf möglichst bestem Fuße zu stehen. Auf allgemeine Redensarten aber zu antworten, ist wirklich schlimm. Wir, m. H., haben damals, bei der Indemnitätsdebatte, nicht geglaubt, daß Sie in Folge Ihres Votums nun sofort conservativ werden würden, so müssen Sie denn auch nicht verlangen, daß wir auf der Ministerbank in Folge dessen liberal geworden sein sollten.

Ich habe stets darauf gehalten, Farbe zu bekennen und meine Farbe ist conservativ, aber ich wünsche mich mit Ihnen zu verständigen, wenn Sie nur so gemäßigt liberal sind, daß Sie keine extremen Anforderungen an mich stellen. Es giebt keinen trübseligeren Eindruck für mich, als wenn die Partei, welche sich der Regierung neuerdings, zumal in der auswärtigen Politik, zu nähern schien, jetzt plötzlich Anstrengungen macht, aus dem Schiffbruche etwas zu retten und gewissermaßen vor ihren Wählern sich zu rechtfertigen, indem sie jedes Entgegenkommen der Regierung in dieser Art von Revange compensirt. So wird es nie zu einer Verständigung kommen, so wird in diesem Hause neben der äußern Luft eine innere wehen, an der wir ersticken können. Es ist mein fester Wille, das Gesetz so liberal zu handhaben, wie es nach conservativen Begriffen möglich ist. (Heiterkeit zur Linken.)

Lassen Sie mich auch bei dieser Gelegenheit noch eines Zwischenfalles gedenken, der in neuerer Zeit eigentlich wohl mehr zum Amusement der Zeitungen gedient hat, als daß ernsthafte Männer daran geglaubt hatten; ich meine die Fabel von den zwei Seelen des Ministeriums, von denen die des Grafen Bismarck als die liberale gilt. Graf Bismarck, m. H., hat vor Allem das große Verdienst, das Ministerium zu einem politischen Gesammtbegriff erhoben zu haben, keine abgesonderte Ressortwirthschaft walten zu lassen. Sein Hauptstreben war, eine Solidarität der Hauptthätigkeiten jedes einzelnen Ministeriums herzustellen, so daß jede irgendwie wichtige Action in einem derselben stets nur aus gemeinsamerer Verständigung hervorging. Dadurch hat sich zwischen uns ein Kitt gebildet, wie selten bisher in einem preußischen Ministerium. Wenn jetzt nach den Erfolgen, welche die auswärtige Politik gerettet, eine entgegenkommende Stimmung bei der Regierung sich geltend machte, so seien Sie überzeugt, daß dieselbe dem gesammten Ministerium sich mitgetheilt hat und diese Uebereinstimmung ist bis auf die neueste Zeit in dem leider geringen Verkehre, den das Ministerium mit seinem Vorsitzenden hatte, unverändert stets zu Tage getreten.

Wenn sich das Ministerium in einen reactionären und einen liberalen Theil gespalten hätte, so wäre die natürliche Consequenz längst eingetreten, das Entlassungsgesuch der Einen. Es giebt wohl Niemand, der an solche Märchen glaubt. Aber man schreibt dergleichen in die Zeitungen, weil man eines gewissen Erfolges dabei immer sicher ist. Entweder antworten die Officiösen nicht und dann heißt es: Aha, es muß doch etwas daran sein — oder man entschließt sich zu einer Berichtigung und dann ist die Sache gewiß erst recht wahr. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß bei der kleinsten Nichtübereinstimmung im Ministerium dasjenige in schnellster Weise abgesondert werden würde, was nicht harmonirt. Der Herr Abg. Lent irrt sich, wenn er glaubt, daß der jetzt in Rede stehende Fond nicht auch zur Förderung der auswärtigen Politik bestimmt sei. Ich verweise ihn darin auf das Urtheil des Hrn. Grafen Schwerin, der das Verhältniß ja selbst am besten kennen muß.

Man hat die „Prov.-Corr." angegriffen und gefragt, warum die Regierung nicht an deren Stelle ein Journal benütze. Die Regierung äußert sich in zweierlei Weise, officiell und officiös. Thut sie das Letztere, so sorgt sie vor Allem dafür, daß die Auseinandersetzungen in möglichst allgemein verständlicher Form gehalten sind, und stellt im Uebrigen den Charakter des Officiösen, des von der Regierung Ausgehenden, nie in Abrede. Würde man Zeitungen dafür gebrauchen, so setzte man sich dadurch dem Mißverständnisse aus, daß das Publikum auch jeden Buchstaben eines solchen Blattes von der Regierung ausgehend glaubt. Das ist nicht der Fall, die Regierung übernimmt in den ihr jetzt nahestehenden Blättern keine Verantwortlichkeit, weder für Leitartikel noch für Correspondenzen oder Sonstiges. Die „Prov.-Corr." befriedigt nach allen Anzeichen ein dringendes Bedürfniß, sie wird, wie das schon von dieser Seite aus (der Rechten) berichtigt worden ist, Niemandem aufgezwungen, aber die Zeitungen widmen diesen Mittheilungen stets ganz besondere Rücksicht. Stellen Sie uns nicht in eine exceptionelle Lage, aus welcher das Land den Verdacht schöpfen müßte, daß schon wieder eine Spaltung sich zeige. Unser gemeinsames Interesse ist jetzt, einen starken Körper darzustellen, der starke Speise vertragen kann. Bewilligen Sie die Forderung sans phrase! (Lebhaftes Bravo zur Rechten.) (Schluß folgt.)

[Breslauer Börse vom 24. November.] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch Papiergeld 81¼—⅙—¼ bez. Oesterr. Banknoten 79½—⅝ bez. Schles. Rentenbriefe 91⅞ bez. u. Gd. Schles. Pfandbriefe 89¾ Br. Oesterr. National-Anleihe 52½ bez. Freiburger 142⅛ Br. Neisse-Brieger —. Oberschles. Litt. A. und C. 173⅞ Br. Wilhelmsbahn 51¼ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 77 Br. Oesterr. Creditb.-Actien 59¾ Br. Schles. Bank-Verein 114 Br. 1860er Loose 63¾ Br. Amerikaner 75¾ bez. Warschau-Wiener 60⅝ bez. u. Gd. Minerva 30¾ Br.

Breslau, 24. November. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen weißer	93—99	87	83—84	Gerste	58—60	55	50—53
do. gelber	89—93	86	82—84	Hafer	34	33	31—32
Roggen	69—70	68	67	Erbsen	68—72	64	55—60

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	210	200	180	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	192	182	170	
Sommerrübsen	172	162	152	
Dotter	170	160	150	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 16⅔ Br., ½ Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. — Ctr. Rapskuchen. 400 Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. 15,000 Qrt. Spiritus.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 23. Nov., Abends. Die „Patrie" schreibt: Die militärische Reorganisations-Commission hat noch keinen definitiven Entwurf formulirt. Die Reise der Kaiserin nach Rom ist keineswegs entschieden; wenn sie ausgeführt wird, so ist das die Verwirklichung eines alten Wunsches. Die Reise wäre ein Vertrauensbeweis für die loyale Ausführung der Septemberconvention und ein Zeugniß der vollen Sympathie des Kaisers für die Person des Papstes.

(Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 23. November, Nachm. 3 Uhr. Matt angeboten. Anfangscours 69, 80. Consols 88⅝. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 62. Ital. 5proc Rente 56, 10. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 413, 75. Credit-Mob.-Aktien 592, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 411, 25. Oesterreich. Anleihe von 1865 322. Amerikaner 79¾.

Frankfurt a. M., 23. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 M. Im Allgemeinen matt. Wechsel stark angeboten. — Schluß-Course: Wiener Wechsel 92. Finnländ. Anleihe 83. Neue 4½% Finnländ. Pfandbriefe 83. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 75⅛. Oesterr. Bankantheile 652. Oesterr. Credit-Actien —. Darmst. Bank-Actien 213. Meininger Credit-Actien —. Oesterreich.-Fr.-Staats-Eisenb.-Actien —. Oesterr. Elisabethbahn 102½. Böhm. Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 151. Hessische Ludwigsbahn —. Darmstädter Zettelbank —. 1854er Loose 57. 1860er Loose 63¾. 1864er Loose 68⅝. Badische Loose 51½. Kurhessische Loose 55. Baierische Prämien-Anleihe 95⅞. Oesterr. National-Anlehen 51. 5% Metalliques 44 4½% Metalliques 38⅝.

Wien, 23. Novbr. [Abendbörse.] Credit-Actien 153, 70. Nordbahn 151, 50. 1860er Loose 80, 80. 1864er Loose 73, 90. Oesterr.-Französische Staatsbahn 207, 00. Galizier 219, 00. Czernowitzer 185, 00. Creditloose 00, 00. — Matte Haltung. Wenig Verkehr.

Antwerpen, 23. November. Petroleum, raff. Type, weiß, flau, 58 Frcs. per 100 Ko.

Hamburg, 23. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds matt, Amerikaner begehrt. Valuten matt, nur holländische Wechsel begehrt. Schluß-Course: National-Anleihe 52. Oesterr. Credit-Actien 58¾. Oesterr. 1860er Loose 63. Mexicaner —. Vereinsbank 110½. Norddeutsche Bank 120½. Rheinische 115¾. Nordbahn 78¾. Altona-Kieler alte 139, neue 133. Finnländische Anleihe 82. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 84. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 80. 6pCt. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 68⅝. Disconto 3¾ %.

Hamburg, 23. Novbr. [Getreidemarkt.] Fest, ruhig. Weizen pr. Novbr.-Dezbr. 5400 Pfd. netto 156 Bancothaler Br., 155 Gld., pr. Dezbr.-Januar 151 Br., 150 Gld. Roggen ab Königsberg pr. April-Mai 83—84 bezahlt und zu kaufen. Pr. Nov.-Dezbr. 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 Gld., Dezbr.-Jan. 91 Br., 90 Gld. Oel loco 26½, pr. Mai 27½. Kaffee kleiner Umsatz, matte Preise. Zink sehr fester Markt. — Feucht und kalt.

Berlin, 23. Novbr. Der Speculationsmarkt war heute in allen Gebieten leblos und für die meisten Effecten auch matter. Für die in dem Verkehr der letzten Zeit hervorgetretenen Papiere, Nordbahn, Warschau-Wien, Mecklenburger, hatte das Angebot sich merklich verstärkt, demungeachtet waren die Umsätze nur ganz beschränkt. Beweggründe für die unzweideutig flauere Haltung traten nicht erkennbar hervor, sie sind wohl wesentlich theils in Realisirungen zu suchen, zu welchen der näher rückende Ultimo besonders auffordert, theils in dem durch die rasche Hausse-Bewegung an den Markt gezogenen beträchtlicheren Stückenmaterial. Eine feste Haltung hatte nur amerikanische Anleihe behauptet und im Anfang der Börse auch ein lebhafteres Geschäft; italienische Rente war wenig belebt, aber doch ohne Angebot. Unter den inländischen Bahnen kam es in Rheinischen zu etwas größerem Geschäft, das den Cours Anfangs zu bessern schien, ebenso in Bergisch-Märkischen, am Schlusse drückte jedoch stärkeres Angebot.

Berliner Börse vom 23. November 1866.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anl.	4½	99⅛ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103½ bz.
dito 1850. 52	4	89⅛ bz.
dito 1853	4	89⅛ bz.
dito 1854	4½	98⅜ bz.
dito 1855	4½	98⅜ bz.
dito 1856	4½	98⅜ bz.
dito 1857	4½	98⅜ bz.
dito 1859	4½	98⅜ bz.
dito 1864	4½	98⅜ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	85 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	119¾ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103½ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	79⅛ bz.
Pommersche	3½	79 bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	88⅞ bz.
Schlesische	3½	86⅞ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¼ bz.
Pommersche	4	90¼ bz.
Posensche	4	89⅜ bz.
Preussische	4	90⅜ bz.
Westph. u. Rhein.	4	— — —
Sächsische	4	91⅛ B.
Schlesische	4	91⅛ G.

Louisd'or 111 bz. | Oest.Bk. 79⅜ bz.
Goldkr. 9. 8 G. | Poln.Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metalliques	5	46¾ bz.
dito Nat.-Anl.	5	52½ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	64 bz. u. B.
dito dito 64	—	39 B.
dito 54er Pr.-A.	4	58 G.
dito Eisenb.-L.	—	67 G.
Ital. neue 5proc.Anl.	5	54⅛ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86⅜ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	87½ G.
dito Poln.Sch.-Obl.	4	62⅝ bz.
Poln.Pfandbr.III.Em.	4	61¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	89 B.
dito à 300	5	89¼ G.
Kurhess. 40Thlr. Obl.	—	54¾ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30 B.
Amerikan. St.-Anl.	6	75⅝ à ½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	
Berg.-Märkische	4½	96 G.
dito II.	4½	95 G.
dito IV.	4½	— — —
dito III.v.St.3½g.	3½	76⅜ bz.
Cöln-Minden	4½	97 G.
dito II.	5	101½ bz.
dito	4	— — —
dito III.	4	83½ B.
dito	4½	94¼ B.
dito IV.	4	83½ bz.
dito V.	4	82¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em.	4½	85 bz.
Gal. Ludwigsb.	5	76 bz.
Niederschl.-Märk.	4	— — —
dito conv.	4	88¾ B.
dito III.	4	87½ G.
dito IV.	4½	96½ G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100 G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	88 G.
dito D.	4	88 G.
dito E.	3½	78¼ G.
dito F.	4½	93¼ bz.
Oest.-Franz.	3	242 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	224 bz.
Rhein v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	94¼ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1864	1865	Zf.	
Aachen-Mastrich	—	—	4	32 B.
Amsterd.-Rottd.	6 19/30	—	4	105½ bz.
Berg.-Märkische	7½	[illegible]	4	152¾ bz.
Berlin-Anhalt	11⅝	13	4	219½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	72 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	100 bz u. B.
Berlin-Hamburg	10	9½	4	159¼ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd	16	16	4	210½ bz.
Berlin-Stettin	7⅝	[illegible]	4	128 bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	61 bz.
Breslau-Freib.	8⅓	9	4	141¾ bz.
Cöln-Minden	15⅝	—	3½	149¼ bz.
Cosel-Oderberg	¾	2¼	4	51¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	77¼ B.
dito dito	—	—	5	83¼ bz.
Galiz. Ludwigsb.	9	—	5	87 bz.
Ludwigsh. Bexb.	9⅝	10	4	151 G.
Magd.-Halberst.	25	18	4	198 bz.
Magdb.-Leipzig	18¾	—	4	270 B.
Mainz-Ludwigsh.	7½	—	4	131 bz.
Mecklenburger	3½	3	4	77⅞ bz.
Neisse-Brieger	4⅝	5⅝	4	— — —
Niedrschl.Märk.	4	4	4	89½ bz.
Niedrschl. Zwgb.	4 11/12	3⅝	4	82½ bz.
Nordb.Fr.-Wilh.	3 11/15	—	4	80¼ à 79½ à ¾ bz.
Oberschles. A.	10	11⅔	3½	173¾ bz.
dito B.	10	11⅔	3½	153 bz.
dito C.	16	11⅔	3½	173¾ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	8	—	5	109½ à ¼ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	7⅓	5	110½ bz. u. B.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	76½ bz.
Rheinische	6¼	—	4	116½ bz. u. B.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	28⅝ bz.
Stargard-Posen	3½	—	3½	94 bz.
Thüringer	8	8⅓	4	132 bz.
Warschau-Wien	7 11/12	—	5	61¾ à ½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1864	1865	Zf.	
Berl. Kassen-V.	7 11/16	8⅓	4	160 B.
Braunschw. B.	—	—	4	86½ G.
Bremer Bank	7 3/10	6½	4	117½ G.
Danziger Bank	7½	7 3/10	4	109 G.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	95½ B.
Geraer Bank	8	7⅝	4	104 G.
Gothaer „	7	7½	4	87¼ etw. bz.
Hannoversche B.	6⅔	4	4	83¼ G.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	120 B.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	108½ G.
Königsberger B.	6¾	6½	4	113 G.
Luxemburger B.	4	6	4	80 G.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	95 B.
Posener Bank	7	6½	4	101 B.
Preuss. Bank.-A.	10 19/30	10 14/15	4½	151 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64 G.
Weimar „	7	6½	4	94½ G.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	106½ etw. bz.
Coburg Credb.A.	8	8¼	4	90¼ etw. bz.
Darmstädter „	6	5½	4	85¼ etw. bz.
Dessauer „	—	—	—	2¼ bz.
Disc.-Com.-Anth.	6½	—	4	99⅜ bz.
Genfer Credb.-A.	—	½	4	27¼ etw.bz.u.G.
Leipziger „	4	—	4	78¼ G.
Meininger „	7¼	—	4	95¼ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	[illegible]9¾ B.
Oesterr.Credb.A.	5	—	5	59⅞ à ⅝ bz.
Schl. Bank-Ver.	6½	7⅛	4	113 G.
Minerva	—	71	5	30¾ B.
Fbr.v.Eisenbdf.	8½	8½	5	108 bz.

Berlin, 22. Novbr. Roggen loco 81—83pfd. 58½—58¾ Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco 12¾ Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 17 7/24—¼ Thlr. bez., Nov. 16 11/12—⅚—⅝ Thlr. bez., Nov.-Dez. und Dez.-Jan. 16⅚—7/12—⅔ Thlr. bez., April-Mai 17⅛—17 Thlr. bez. und Gld., Mai-Juni 17⅓—¼—⅓ Thlr. bez.

Breslau, 24. November. Wind: West. Wetter: regnicht. Thermometer Früh 2 Grad Wärme. Die regnichte Witterung störte den Geschäftsverkehr am heutigen Markte nicht unwesentlich und blieben Käufer zurückhaltend.

Weizen in fester Haltung, pr. 85 Pfd. schlesischer weißer 83—99 Sgr., gelber 82—94 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen ruhiger, pr. 84 Pfund 67 bis 70 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Breslau, 24. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 12 F. 11 Z. U.-P. — F. 7 Z. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.